

Nein zur schädlichen und unnützen Lehrplaninitiative am 7. März

Ernst Schürch, Präsident AKK

Einmal mehr geht es bei der Lehrplaninitiative um einen Eingriff einer kleinen politisch motivierten Gruppierung in die Geschäfte des Bildungsrates. Wir stimmen über eine Sachfrage ab, zu der von dieser Gruppierung seit Jahren mit Polemik und Behauptungen Stimmung gemacht wird. Die Initianten zeigen sich weder für einen Dialog noch für einen Kompromiss bereit. Den Schulen soll ein einseitig überarbeiteter Lehrplan vorgeschrieben werden.

Es ist richtig, dass bei der Erarbeitung des Lehrplans 21 einiges falsch lief. Frühere Lehrpläne wurden von Lehrkräften mit viel Erfahrung aus der Praxis und mit Kenntnis der kantonalen Gegebenheiten geschrieben. Dagegen wurde der Lehrplan 21 unter der Federführung der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK fast ausnahmslos von Fachleuten der Tertiärstufe geschrieben. Diese verfügten zum grössten Teil über keinerlei Unterrichtserfahrung in der Volksschule. Zusammen mit der Vorgabe der Kompetenzorientierung entstand ein schwer lesbarer und überladener Lehrplan.

Unsere Bildungsdirektorin Monica Gschwind hat dies erkannt. Sie hat die notwendigen Korrekturen unter Einbezug der Praxis veranlasst. Historisch und schweizweit einmalig können sich alle Lehrkräfte der Sekundarschulen in drei Rückmeldeschleifen zum Lehrplan einbringen. Der Bildungsrat lässt den zusätzlichen Lehrplanteil A unter Berücksichtigung dieser Rückmeldungen überarbeiten. Der Teil A wird gekürzt und besser lesbar. Er enthält klare Ziele und Stoffinhalte. Damit erhalten die Sekundarschulen ein sehr gutes Instrument für ihre Arbeit. Für die Primarschulen wird ein ähnlicher Rückmeldeprozess beantragt.

Dies wurde möglich, weil Monica Gschwind eine Begleitgruppe mit Vertretungen der Amtlichen Kantonalkonferenz AKK, des Lehrervereins LVB und der Schulleitungskonferenz SLK Sek einsetzte. Nach intensiven Diskussionen mit vielen kritischen Voten wurde ein guter und tragfähiger Kompromiss erzielt. Dieser wurde in wesentlichen Zügen vom Bildungsrat gutgeheissen und führt nun zu einem guten Lehrplan. Damit entstehen Planungssicherheit und Ruhe. Die Annahme der Lehrplaninitiative würde genau das Gegenteil bewirken. Die willkürliche Vorgabe einer maximalen Anzahl Kompetenzen würden die Arbeiten um Jahre zurückwerfen, jegliche Sicherheit zerstören und für grosse Unruhe sorgen. Es kommt hinzu, dass eine erneute Überarbeitung des Lehrplans rund 2,3 Millionen Franken kosten würde. Die Initiative ist unnützlich und schädlich.

Auch die Politik hat dies mittlerweile erkannt und die richtigen Schlüsse gezogen. Regierung, vorberatende Bildungskommission (13 zu 0) und Landrat (77 zu 6 bei 3 Enthaltungen) empfehlen die Initiative alle sehr klar zur Ablehnung. Sagen wir deutlich Nein zur schädlichen und unnützen Initiative und lassen wir die Schulen in Ruhe mit einem guten Lehrplan arbeiten!